

Schleswig-Holstein

Bürgschaften für Fernwärme

[25.08.2023] Der Verband Schleswig-Holsteinischer Stadtwerke begrüßt die Zusage der Landesregierung zu Bürgschaften für den zügigen Ausbau der Fernwärmenetze.

Der Verband der Schleswig-Holsteinischen Energie- und Wasserwirtschaft (VSHEW) begrüßt die Planung der Landesregierung, zwei Milliarden Euro für Landesbürgschaften zur Absicherung der Wärmewende im Norden in den Nachtragshaushalt einzustellen. Damit folgt die Regierung einer Forderung des VSHEW aus dem Frühjahr 2023. Der VSHEW vertritt die Interessen von rund 50 Stadt- und Gemeindewerken sowie kommunalen Versorgungsunternehmen im Land.

„Die Bürgschaften sind für den zügigen Ausbau der Fernwärmenetze äußerst wertvoll“, sagt Andreas Wulff, Vorstandsvorsitzender des VSHEW und Geschäftsführer der Stadtwerke Brunsbüttel sowie der Stadtwerke Steinburg. Sie dienen dazu, den Eigenkapitalanteil der Stadtwerke im Rahmen der Finanzierung abzusichern. „Die Stadtwerke im Norden stehen in den Startlöchern, um die klimapolitischen Ziele der Landesregierung mit konkreten und sehr umfangreichen Maßnahmen umzusetzen“, so Wulff weiter. Sobald der Landtag den Nachtragshaushalt beschlossen habe, könnten den vorliegenden Planungen die nächsten Schritte für diese Generationenaufgabe folgen.

Fernwärmenetze, der verstärkte Einsatz von Wärmepumpen sowie eine deutliche Senkung des Energieverbrauchs gelten als zentrale Erfolgsfaktoren für die Umsetzung der Wärmewende. Nach einer Studie der Berliner Unternehmensberatung BBH Consulting müssen die Stadt- und Gemeindewerke in Schleswig-Holstein für den der Aufbau von Energieerzeugungsanlagen auf Basis erneuerbarer Energien sowie für das Verlegen und Anschließen von etwa 10.000 Kilometern Fernwärmeleitungen bis zum Jahr 2040 rund sechs Milliarden Euro investieren.

(ur)

Stichwörter: Politik, Fernwärme, Schleswig-Holstein